

Darf religiöse Bildung politisch sein? Zur politischen Dimension des Religionsunterrichts

Elisabeth Naurath

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Naurath, Elisabeth. 2019. "Darf religiöse Bildung politisch sein? Zur politischen Dimension des Religionsunterrichts." rpi-Impulse 2019 (3): 6–9.
https://www.rpi-ekkw-ekhn.de/fileadmin/templates/rpi/normal/material/rpiimpulse/2019/heft_3/Artikel/RPI_Impulse_3-2019_06_Grundsatzartikel.pdf.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under the following conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publizieren>



DARF RELIGIÖSE BILDUNG POLITISCH SEIN?

Zur politischen Dimension des Religionsunterrichts

Elisabeth Naurath

Erste Annäherungen aus lebensweltlicher Perspektive

Die Reaktionen auf diese Fragestellung, ob religiöse Bildung politisch sein dürfe, sind sehr unterschiedlich: selten gleichgültig, sondern eher von engagierter Emotionalität. Da gibt es nach meiner Erfahrung eine große Gruppe derer, die entschieden verneinen, dass Glaube etwas mit Politik zu tun haben dürfe. Folglich fordern sie eine politische Neutralität religiöser Bildung. Insbesondere der Religionsunterricht, der ja bekanntermaßen als „res mixta“ von Kirche und Staat verantwortet wird, solle im Kontext von Schule keine Politik und auch keine politische Bildung betreiben. Das leuchtet auf den ersten Blick unweigerlich ein – insbesondere, wenn wir von der landläufigen Meinung ausgehen, dass Glaube in erster Linie als etwas ausgesprochen Subjektives gesehen wird. Die Befürworter*innen dieser Sichtweise sind daher eher Kirchendistanzierte, die dem Religionsunterricht tendenziell skeptisch gegenüberstehen.

Auf der anderen Seite wird diese Einstellung jedoch auch im freikirchlichen, sich selbst als eher fromm verstehenden, christlichen Flügel engagiert vertreten. Denn nicht selten findet sich eine Intensivierung dieser strikten Trennung von Glauben und politischer Meinungsbildung in Kreisen, die sich im Zuge einer Ausrichtung auf vorrangig individuell verstandene Frömmigkeit aus den Weltgeschehnissen und der großen Weltpolitik heraushalten wollen. Man muss hier von einem Wirklichkeitsverständnis ausgehen, das eher ein Inselbewusstsein – durchaus auch im Sinne einer kritischen Abgrenzung – für sich und die Seinen beansprucht.



Dr. Elisabeth Naurath ist Professorin für Evangelische Theologie mit Schwerpunkt Religionspädagogik und Didaktik des Religionsunterrichts an der Universität Augsburg.

Diese hier etwas klischeehaft vorgebrachten Eindrücke sind selbstverständlich in ihrer Heterogenität zu differenzieren, fungieren einleitend jedoch als tendenzielle Verortungen derer, die sich strikt gegen eine politisch qualifizierte religiöse Bildung aussprechen.

Im Gegenzug stellt sich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, religiöse von politischen Haltungen zu trennen. Kann man sich überhaupt politisch neutral verhalten? Diejenigen, die es boykottieren, von ihrem Bürgerrecht Gebrauch zu machen und zur Wahl zu gehen, leisten im Grunde auch ihren Beitrag zum Wahlergebnis. Nicht politisch sein ist eben auch: politisch sein! Die schon von Platon als „Idiotes“ benannten Menschen, die sich allein auf ihren Privatbereich zurückziehen wollen, schaden daher dem sozialen Zusammenhalt, indem sie zwar ihre Bürgerrechte, nicht aber ihre Bürgerpflichten wahrnehmen wollen. Wer sich dem öffentlichen Diskurs entzieht, trägt dazu bei, dass andere mehr Freiheit, Raum und Macht zur Gestaltung haben und diesen eben auch in ihrem Sinne nutzen.

So wundert es nicht, dass die Frage nach der politischen Dimension religiöser Bildung in unseren gegenwärtigen, politisch überaus unruhigen Zeiten an Brisanz gewinnt und die Zahl derer steigt, die dies engagiert aus christlicher Überzeugung bejahen.

Christlicher Glaube bezieht Position

„Christlicher Glaube basiert sowohl in der Hebräischen Bibel als auch im Neuen Testament auf der Grundüberzeugung eines dem Menschen zugewandten, liebenden und mitfühlenden Gottes.“¹ Ausgehend vom biblischen Gottesbild in beiden Testamenten ist leicht ersichtlich, dass sowohl Barmherzigkeit als auch Gerechtigkeit als wesentliche Kriterien der Gottesbeziehung auszumachen

¹ Naurath, Elisabeth: *Mit Gefühl gegen Gewalt. Mitgefühl als Schlüssel ethischer Bildung in der Religionspädagogik, Neukirchen*, 3. Aufl., 2010, S. 41.

² Ebd.



chen sind: „Diese Beziehungsqualität ist nur lebendig vorstellbar: die biblischen Schriften sprechen von Gott in leidenschaftlich emotionalen Bildern.“²

Das aber bedeutet, dass es dem biblisch fundierten Selbstverständnis christlichen Glaubens genuin zueigen ist, sich für Werte wie Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Frieden zu positionieren. Ob der Exodus als Urberkenntnis der Hebräischen Bibel die Befreiung aus der Sklaverei und damit die klare Parteinahme gegen Unterdrückung und Ausbeutung signalisiert, ob der Dekalog grundlegende ethische Regeln des Zusammenlebens als segensreich verheißt, ob die prophetischen Bücher der Bibel klare Worte zur Sozialkritik äußern, ob sich Jesus vehement für das Doppelgebot der Liebe – eingeschlossen der Feindesliebe! – einsetzt und die gesellschaftlich Marginalisierten wertschätzend in die Mitte seines Handelns und Redens stellt – all diese Beispiele zeigen deutlich, dass das Bekenntnis zu Jesus Christus ein an Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Frieden orientiertes Engagement unabdingbar einschließt.

³ Vgl. z.B. das aktuelle Themenheft ‚Religionspädagogik und Politik‘ In: Österreichisches Religionspädagogisches FORUM 27 (2019); <http://www.oerf-journal.eu/index.php/oerf/issue/view/2/12> (letzter Zugriff am: 25.5.19).

⁴ Grümme, Bernhard: Öffentliche Religionspädagogik. Religiöse Bildung in pluralen Lebenswelten. Religionspädagogik innovativ Bd. 9, Kohlhammer 2015.

⁵ Vgl. zum Beispiel: Bohl, Thorsten; Budde, Jürgen; Rieger-Ladich, Markus (Hg.): Umgang mit Heterogenität in Schule und Unterricht: Grundlagentheoretische Beiträge und didaktische Reflexionen. Bad Heilbrunn 2017 sowie: Trautmann, Matthias; Wischer, Beate: Heterogenität in der Schule. Eine kritische Einführung. Wiesbaden 2011.

Damit ist die Zuwendung des Menschen zum Nächsten – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Nationalität, sozialem Status o.ä. exkludierenden Hierarchisierungen – gelebter Ausdruck und damit gelebte Antwort auf die Zuwendung Gottes zum Menschen, die allein aus Gnade (sola gratia) im Glauben geschenkt ist, um als Lebenseinstellung quasi weitergegeben zu werden, d.h. mit offenen Augen und engagiertem Herzen der Stadt und der Welt Bestes zu suchen (Jeremia 29,7).

Was bedeutet dies für den Kontext religiöser Bildung, konkret: für den Religionsunterricht, der an unseren Schulen dem allgemeinen Bildungsauftrag verpflichtet ist? Die tendenziell stärker ästhetische und performative Ausrichtung der Religionspädagogik seit den 1980er Jahren hat faktisch ethische und politische Fragestellungen eher aus dem Blick geraten lassen – auch wenn dies konzeptionell nicht unmittelbar intendiert war oder sein muss. Dieses politische Defizit religiöser Bildung kommt nun jedoch zum Tragen angesichts einer gesellschaftlichen Großwetterlage, die die Subjekte religiöser Bildung, nämlich die Schüler*innen, aus eigenem Antrieb politisch auf die Straße bringt und gleichzeitig die Legitimationskrise eines sich unpolitisch erweisenden Religionsunterrichts verstärkt.

Es ist daher höchste Zeit, die Frage der politischen Dimension religiöser Bildung nicht nur zu stellen, sondern eingehend zu diskutieren und hinsichtlich des Bildungsauftrags eines durch Theologie und Pädagogik gleichermaßen begründeten Faches zu Positionierungen zu kommen.

Wiederentdeckung der politischen Dimension religiöser Bildung

Gegenwärtig wird von einer Wiederentdeckung des Politischen in der Religionspädagogik gesprochen³: Der „political turn“ der Religionspädagogik ist dabei zunächst als „public turn“ auszumachen, denn das Thema einer ‚Öffentlichen Religionspädagogik‘⁴ fragt nach der Rolle der Religionen für die Zivilgesellschaft und demzu-

folge auch nach der Herausforderung religiöser Bildung zur Befähigung an gesellschaftlicher Teilhabe.

Auch wenn um Klärungen des Öffentlichkeits- bzw. des Politikbegriffs gestritten wird, bleibt doch unangefochten, dass entgegen den Annahmen der Säkularisierungstheorie das Phänomen des Religiösen nicht aus den modernen Gesellschaften verschwunden ist, sondern vielmehr die (auch dunkle) Macht der Religion – spätestens seit dem 11. September 2001 – zum gesellschaftlichen Megathema avancierte. Unübersehbar ist der Einfluss der Religion(en) auf postmoderne Gesellschaften und damit auch eines gesellschaftlichen Umgangs mit Religion bzw. religiösen Menschen wie auch der Stellung und Positionierung der Religion(en) zur Gesellschaft.

Man spricht aktuell von rasanten gesellschaftlichen Transformationsprozessen, die eine Pluralisierung der Lebenswelten und -formen auch in religiöser und weltanschaulicher Hinsicht mit sich bringen und die Heterogenitätsforschung für die Pädagogik zur zukunftsweisenden Frage erklären. Heterogenität meint hierbei eine vom Ursprung her gegebene Andersartigkeit, Fremdheit und Verschiedenheit. In der Pädagogik hat dieser Begriff seit einigen Jahren Hochkonjunktur, indem er hilft, die Verschiedenheit der Schüler*innen mit Blick auf deren Alter, Geschlecht, Begabung, sozialer und kultureller Herkunft, Sprachfähigkeit etc. zu fokussieren und Bildungsprozesse zu differenzieren.⁵ Diese soziokulturellen Betrachtungen nehmen nun auf eine neue Art und Weise die Religionen wahr und führen beispielsweise auch in den Erziehungswissenschaften zu einer Trendwende, die in wachsendem Maße den Bereich der interkulturellen Pädagogik um die Perspektive der interreligiösen Bildung weitet.

In evidenter Weise kommt hierbei zum Tragen, dass die gesellschaftlich sichtbare Pluralisierung von Religion einer aktualisierenden Klärung der im Grundgesetz in Artikel 4 verankerten Religionsfreiheit bedarf, die den sozialen Frieden dahingehend im Blick hat, dass sowohl die positive wie auch die negative Religionsfreiheit als Grundrechte garantiert sein müssen. Dies bedeutet, dass gleichermaßen die Freiheit zum Ausdruck religiösen Bekenntnisses wie auch die Freiheit, hiervon Abstand zu nehmen, gegeben sein müssen.

Religiöse Bildung ist für alle – religiöse wie auch nicht-religiöse Menschen – insofern ein evidenten Grundanliegen, um dieses Grundrecht als Menschenrecht, das auch völkerrechtlich durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO in Artikel 18 festgelegt ist, konstruktiv wahrnehmen zu können. Konfessioneller, d.h. nach den Grundsätzen einer Religionsgemeinschaft erteilter Religionsunterricht hat daher nicht nur die Aufgabe religiöser bzw. konfessioneller Identitätsbildung, sondern intendiert auch das Bildungsziel „Pluralitätsfähigkeit“, um mit dem Fokus der Gerechtigkeitssensibilität das Grundrecht einer allen Menschen garantierten Religionsfreiheit wahrnehmen zu können: „Zu den Aufgaben eines pluralitätsfähigen Religionsunterrichts muss es deshalb gehören, die Wurzeln von Pluralitätsfähigkeit,

Toleranz, Respekt und Anerkennung für den anderen in der eigenen religiösen Tradition zu identifizieren und auf diese Weise als Orientierungsressource verfügbar zu machen.“⁶

Von daher ist es auch ein gesellschaftspolitischer Gewinn, wenn im schulischen Bildungsauftrag das Angebot eines katholischen, evangelischen, jüdischen wie islamischen oder alevitischen Religionsunterrichts institutionell verankert ist und auch der Ethikunterricht einen religiösen Bildungsauftrag intendiert.

Religiöser Bildung wohnt eine politische Dimension inne, die sich dem allgemeinen Bildungsauftrag verpflichtet weiß und daher dem Gemeinwohl im Sinne der Wahrung und Förderung des sozialen Friedens dient.

Friedenspädagogik als Beispiel politischer Profilierung des Religionsunterrichts

Selbstverständlich lassen sich aus diesem Grundanliegen verschiedene Bildungsziele ableiten, die religiöse Bildungsprozesse auch politisch profilieren: So ist es angesichts des rasant fortschreitenden Klimawandels – einhergehend mit einem aktuell äußerst bedrohlichen Aussterben von Pflanzen- und Tierarten – dringend an der Zeit einer dezidiert schöpfungstheologisch begründeten Umweltbildung⁷.

Religiöse Bildung ist hier gefordert, im Sinne einer didaktisch intendierten Subjektorientierung, die Ängste der nachwachsenden Generationen, wie sie in der „Fridays for Future“ – Bewegung zum Ausdruck kommen, ernst zu nehmen, aber auch zu zeigen, dass Religionen einen genuinen Auftrag zur Verantwortung für die Schöpfung und ihre Mitgeschöpfe haben.⁸

⁶ Vgl. *Kirchenamt der Evangelischen Kirche Deutschland (Hg.): Religiöse Orientierung gewinnen. Evangelischer Religionsunterricht als Beitrag zu einer pluralitätsfähigen Schule. Gütersloh 2014.*

⁷ *Naurath, Elisabeth: Umweltethik als Weg zu einer praxisrelevanten Jugendtheologie, in: Schlag, Thomas; Schweitzer, Friedrich; Bucher, Anton A. (Hg.): Jugendtheologie. Grundlagen – Beispiele – kritische Diskussion, Neukirchen-Vluyn 2012, S. 59-69.*

⁸ *Naurath, Elisabeth: Mehr als Öko-Idylle: Religionsunterricht auf dem Bauernhof, in: KatBL 144 (2019) S. 192-195.*

⁹ *Könemann, Judith: Bildungsgerechtigkeit als Moment einer politischen Religionspädagogik, In: Österreichisches Religionspädagogisches Forum Jg. 27 (2019), S. 42-56.*

¹⁰ *Prenzel, Annedore: Egalitäre Differenz in der Bildung. In: Lutz, Helma; Wenning, Norbert (Hg.), Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen 2001, S. 93-107.*

¹¹ *Prenzel, Annedore: Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in Interkultureller, Feministischer und Integrativer Pädagogik, Wiesbaden, 4. Aufl. 2019.*

¹² *Naurath, Elisabeth: Gewaltpräventives Lernen, In: Eisenhardt, Saskia; Kürzinger, Kathrin; Naurath, Elisabeth; Pohl-Patalong, Uta (Hg.): Religion unterrichten in Vielfalt. Konfessionell – religiös – weltanschaulich, Göttingen 2018, S. 214-221.*

¹³ *Naurath, Elisabeth: Zusatzqualifikation Interreligiöse Mediation – ein Angebot für alle Lehramtsstudierenden an der Universität Augsburg. In: Eisenhardt, Saskia; Kürzinger, Kathrin; Naurath, Elisabeth; Pohl-Patalong, Uta (Hg.): Religion unterrichten in Vielfalt. Konfessionell – religiös – weltanschaulich, Göttingen 2018, S. 330-333.*

Ein weiterer Beitrag einer sich selbst auch politisch verstehenden Religionspädagogik wendet sich dem Themenfeld „Bildungsgerechtigkeit“ zu und fordert Bildung als Menschenrecht für alle, um mit der Möglichkeit zur Persönlichkeitsentwicklung auch gesellschaftliche Partizipation zu generieren bzw. zu optimieren. Hintergrund ist der Zusammenhang von Bildung und christlichem Freiheitsverständnis: Jedem Menschen wird die Möglichkeit eines selbst bestimmten Lebens als Person – in Unabdingbarkeit seiner in der Gottebenbildlichkeit begründeten Würde – zugestanden, um im Sinne von Bildung als Selbst-Bildung zu einem sinnerfüllten Leben zu kommen. Die religionspädagogische Forderung von Bildungsgerechtigkeit meint auch „Bildung zur Gerechtigkeit“. Bildungsprozesse selbst sollen zu gerechtem und auch solidarischem Handeln befähigen.⁹

Die Bejahung einer grundsätzlichen Anerkennung der Würde eines jeden Menschen – unabhängig von Gesundheit, Alter, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung, nationaler oder religiöser Zugehörigkeit – schließt eine Positionalität zugunsten des Inklusionsgedankens ein. Dies intendiert eine inklusiv ausgerichtete Pädagogik mit einem Perspektivenwechsel hin zur „egalitären Differenz“¹⁰ einer Pädagogik der Vielfalt¹¹, die die Vielfalt und Buntheit des Lebens als Normalfall sieht und die Verschiedenheit nicht hierarchisierend abwertet. Damit wird Heterogenität zum grundlegenden und begründenden Ausgangspunkt des Lehrens und Lernens und der friedliche Umgang mit Verschiedenheiten zur (religions-)pädagogisch gesellschaftspolitischen Aufgabe.

Dies gilt auch in religiöser Hinsicht: Mehr denn je ist der soziale Friede durch wachsende Vorurteile und Feindbilder gegenüber religiösen Minderheiten bedroht. Insbesondere im schulischen Kontext heißt es daher, die Kompetenzen interreligiöser Bildung zu fördern.

Dies bedeutet konkret: Tragen differierende konfessionelle, religiöse oder weltanschauliche Glaubens- und Le-

bensformen ein Konfliktpotenzial in sich, das von Lehrkräften stärker wahrgenommen werden sollte? Kann religiöse bzw. interreligiöse Bildung eine Chance bzw. ein Garant für gewaltpräventives Lernen¹² am Lern- und Lebensort Schule sein? Wie kann es gelingen, die Vielfalt der religiösen Einstellungen, Lebensformen und Wertvorstellungen als Fülle und Bereicherung des Lebens wahrzunehmen statt mit Orientierungslosigkeit, Irritationen oder gar Abgrenzungen und Fundamentalismen zu reagieren? Wie können religiös bedingte Konfliktthemen (Ernährung, Kleidung, Fest- und Feiertage, Geschlechterverhältnis etc.) in der Schule so geklärt werden, dass auf Wertschätzung und Respekt basierende Lösungswege gefunden werden?

Lehrkräfte sind schon während des Studiums so auszubilden, dass sie Kompetenzen interreligiöser Bildung und Mediation erwerben¹³, um die Dialogfähigkeit der Schüler*innen zu fördern, das friedenspädagogische Potential der Religionen zu betonen und religiöses Mobbing zu verhindern. Auf diese Weise könnte eine religionsensible Schule – beispielweise in der Organisation von interreligiösen Projekttagen oder in der Einrichtung von interreligiösen Lernwerkstätten – viel zum sozialen Klima beitragen. Dem Religionsunterricht kommt hierbei eine schul- wie auch gesellschaftspolitische Schlüsselrolle zu.

Im Kontext religiöser Bildung geht es auf der Basis christlicher Parteilichkeit für grundlegende Werte wie Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität um eine kritische Sichtung gesellschaftlicher Wirklichkeiten und eine Sensibilisierung für die Würde eines jeden Menschen. Dieses dem Religionsunterricht eigene Proprium kann nicht unpolitisch gesehen werden.

„Als politische Religionspädagogik wird ihr das Politische zum Ausgangs- und Reflexionshorizont und ist dementsprechend ein Handlungs- und Reflexionsprinzip ihrer selbst.“¹⁴ Dass diese theologische wie auch bildungstheoretische Verortung nicht mit einer Politisierung des Religionsunterrichts gleichzusetzen ist¹⁵, wurde offensichtlich. Ebenso klar ist jedoch, dass es auf der Basis des Evangeliums um christlich verantwortete und zugleich gesellschaftspolitisch evidente Bildungsprozesse, Einstellungen und Haltungen geht, die ihr Licht eben nicht unter einen Scheffel, sondern auf einen Leuchter setzen.



¹⁴ Könemann, Judith: Politische Religionspädagogik, In: wirelex <http://www.biblewissenschaft.de/stichwort/100114/> (abgerufen am 23.5.19).

¹⁵ Vgl. auch Grümme, Bernhard: Religionsunterricht und Politik. Bestandsaufnahme, Grundsatzüberlegungen. Perspektiven für eine politische Dimension des Religionsunterrichts, Stuttgart 2009.